

Boni für Banker

Das Glück ist mit den Gierigen

Ihr Beitrag zur Finanzkrise ist beträchtlich, dennoch fordern die Geldjongleure der Dresdner Kleinwort Millionenboni von ihrem Arbeitgeber. Sie könnten damit durchkommen.

Von FOCUS-Online-Redakteurin *Catrin Gesellensetter*

Stefan Jentzsch hat es geschafft. Der frühere Chef der Investmentbank Dresdner Kleinwort ist binnen kürzester Zeit zum bevorzugten Feindbild der Deutschen avanciert. Politik, Aktionärschützer und nicht zuletzt sein ehemaliger Arbeitgeber sehen in dem einstigen Spitzenmanager nur noch eines: das Symbol für die Gier gescheiterter Geldjongleure.



Am Sitz der Commerzbank in Frankfurt am Main ddp

Der Vorwurf: Kurz bevor die Dresdner Bank endgültig an die Commerzbank verkauft wurde, hat Jentzsch seinen Mitarbeitern Boni in Höhe von 400 Millionen zugesichert. Verbindlich. Dummerweise stellte sich ein halbes Jahr später heraus, dass seine Bank im Jahr 2008 mit Milliarden in die Miesen rutschte. Die neue Commerzbank hängt seitdem am Tropf des Steuerzahlers. Bislang hat der Staat dem angeschlagenen Kredithaus mit 18,2 Milliarden unter die Arme gegriffen.

Auch fremdes Geld wird gern genommen

Das allein wäre schon hässlich genug, stünde jetzt nicht zu befürchten, dass die glücklosen Investmentbanker auf ihre Boni pochen und ihren taumelnden Arbeitgeber mit Klagen überziehen wollen, sollte der sich nicht an die Zusage seines früheren Spitzenmannes halten wollen. Ein Umstand, der vielen Beobachtern die Zornesröte ins Gesicht treibt.

„Wenn wegen der Krise alle den Gürtel enger schnallen müssen, gilt das auch für Investmentbanker der Dresdner Bank“, ätzt Marco Cabras, Sprecher der Deutschen Schutzvereinigung für Wertpapierbesitz, in der „Bild“-Zeitung. Auch die Politik macht ihrem Unmut Luft: „Es kann nicht sein, dass der Staat die Banken mit Steuergeld stützt und diese ihren Investmentbankern Prämien zahlen“, wettet CDU-Finanzexperte Otto. „Das muss verhindert werden, notfalls durch eine Neuformulierung des Finanzmarktstabilisierungsgesetzes.“

Schierer Populismus

So sehr man jedoch versucht, die Volksseele mit markigen Worten zu besänftigen – nützen werden die Lippenbekenntnisse wohl nichts. „Wer versucht, rückwirkend in bestehende Verträge hineinzuregieren, begeht sehenden Auges einen Verfassungsbruch“, sagt Michael Kliemt, Partner der Kanzlei **Kliemt & Vollstädt** in Düsseldorf. Zwar sei es nachvollziehbar, dass die Politik das Verhalten von Banker Jentzsch missbillige. Rechtlich sei an dessen Vorgehen aber nichts zu beanstanden.

„Man kann sich sicher darüber streiten, ob es sinnvoll ist, Boni, die eigentlich erfolgsabhängig gezahlt werden sollen, im Voraus zu garantieren. Möglich ist eine solche Garantie aber durchaus“, so **Kliemt**. Im Fall von Stefan Jentzsch gibt es sogar einen plausiblen Grund für die Aktion: Offensichtlich wollte der Banker seine Mannschaft bei der Stange halten, als bekannt wurde, dass an einem **Verkauf der Dresdner** kein Weg mehr vorbeiführte.

Schatten der Vergangenheit

Das ist ihm offensichtlich gelungen. Zwar ist Jentzsch selbst inzwischen nicht mehr an Bord – dem Vernehmen hat er sich gegen Zahlung von acht Millionen zum Rückzug aus seinem Amt überreden lassen; inzwischen weilt er zur Entspannung auf einer Segeljacht im Pazifik. Doch selbst dort kann er der Bank noch zum Verhängnis werden. Arbeitsrechtler **Kliemt**: „Die Tatsache, dass ein Manager einen Konzern verlassen hat, ändert nichts an der Wirksamkeit der Zusagen, die er in seiner aktiven Zeit gegeben hat.“ Da Jentzsch zudem wohl nicht allein für die Bonus-Garantien verantwortlich zeichnen dürfte –

üblicherweise gelte bei solchen Summen das 4-Augen-Prinzip – habe die Commerzbank schlechte Karten, die Zahlung zu verweigern.

„Sollten die betroffenen Banker ernst machen und klagen, stehen die Erfolgsaussichten gut“, so **Kliemt**. Der Steuerzahler kann sich also schon einmal mit dem Gedanken anfreunden, der Commerzbank auch noch diese 400 Millionen Euro zuzuschustern.

[Drucken](#)

Foto: ddp

Copyright © FOCUS Online 1996-2009